

ALKE JENSS

AGROINDUSTRIE STATT AGRARREFORM IN KOLUMBIEN

UMSTRITTENES GESETZ ZUR LANDRÜCKGABE AN BINNENFLÜCHTLINGE

In Kolumbien mussten etwa 4,5 Millionen Menschen in den vergangenen 30 Jahren ihre Landparzellen verlassen. Häufig flohen sie vor paramilitärischen Gruppen, teilweise vor dem Bürgerkrieg zwischen Staat und Guerilla. Ein Gesetz zur Landrückgabe soll internen Vertriebenen in Kolumbien eine Perspektive eröffnen, auf ihr Land zurückzukehren – das verspricht die vor zwei Jahren angetretene Regierung von Juan Manuel Santos. Oberflächlich betrachtet, nimmt die Regierung mit dem Vorhaben Forderungen der Vertriebenen auf. Bäuerliche Organisationen kritisieren jedoch die Initiative scharf, da das Gesetz in erster Linie die landwirtschaftliche Exportindustrie fördert und die jetzigen Landbesitzverhältnisse rechtlich absichert. Doch auch die alte Agraroligarchie und rechtsgerichtete Sektoren sind gegen das Vorhaben.

ENDLICH EIN GESETZ FÜR DIE OPFER DES KRIEGES

Kolumbien, so scheint es, ist ein aufsteigendes Schwellenland. Der noch vor Jahren als «zerfallend» geltende Staat ist heute – so die Meinung seiner Regierung – ein «rising star». Die ausländischen Direktinvestitionen steigen; Kolumbiens Rohstoffe finden reißenden Absatz auf dem Weltmarkt, zum Beispiel in Deutschland.¹

Zu diesem Narrativ der Regierung unter Präsident Juan Manuel Santos gehört das im Juni 2011 unterzeichnete Gesetz «Ley de Víctimas y de Restitución de Tierras» (Ley 1448/2011), das «Gesetz für Opfer und Landrückgabe». Die dort festgelegte Rückgabe von etwa zwei Millionen Hektar geraubtem Land an Binnenflüchtlinge hat die Regierung immer wieder als historischen Schritt zur Versöhnung im kolumbianischen Konflikt bezeichnet. Seit Anfang 2012 ist das Gesetz in Kraft, und tatsächlich stößt es Mechanismen zur Rückgabe an, die eine juristische Aufarbeitung und die Feststellung der tatsächlichen Eigentümer beschleunigen sollen.

In den meisten Fällen wird die Verantwortung für massenhafte Vertreibungen kleinbäuerlicher, indigener und afrokolombianischer Gemeinden paramilitärischen Gruppen zugeschrieben. Profitiert haben von den frei gewordenen Flächen in vielen Regionen der Großgrundbesitz, etwa die extensive Viehzucht oder Plantagenwirtschaft, aber auch Paramilitärs und organisierte Kriminalität selbst: Einige von ihnen sind zu Land besitzenden, regional bestimmenden Kräften aufgestiegen.

Dass die Regierung das Problem als solches erkennt, ist nur wünschenswert und positiv zu bewerten. Denn die Konzentration von Land in wenigen Händen ist enorm: Nach An-

gaben der *Universidad de los Andes* liegt der Gini-Koeffizient, der die Konzentration der Landverteilung misst, heute bei etwa 0,875 und damit noch höher als vor zehn Jahren.² Die Anzahl der Binnenflüchtlinge in Kolumbien ist gestiegen und inzwischen mit 4,5 Millionen die höchste nach dem Sudan und damit höher als im Irak und in Afghanistan. Laut Vereinten Nationen beläuft sich die gewaltsame Aneignung von Land seit 1997 durch paramilitärische Gruppen und Netzwerke der organisierten Kriminalität auf beinahe sieben Millionen Hektar. In 73 Prozent der Fälle betraf die Vertreibung kleine Parzellen von bis zu 20 Hektar Fläche. Weitere 26,6 Prozent betrafen mittleren Besitz zwischen 20 und 500 Hektar. Großgrundbesitz war von der gewaltsamen Vertreibung der vergangenen Jahrzehnte praktisch nicht betroffen.³

EXPORTORIENTIERTE AGRARPOLITIK STATT SOZIAL ORIENTIERTER AGRARREFORM

Bei genauerer Betrachtung ist das Gesetz allerdings kein progressiver Vorschlag. Es schreibt sich ein in ein spezifisches Entwicklungsmodell, denn die Fokussierung auf Exporte von Kohle, Gold oder monokulturell angebauten Produkten

¹ Andere Indikatoren haben sich allerdings verschlechtert: Die offene Arbeitslosigkeit ist mit annähernd 13 Prozent die höchste Lateinamerikas. Bei der ungleichen Verteilung von Einkommen gehört Kolumbien heute mit Haiti und Angola zu den Spitzenreitern weltweit Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP, in spanisch PNUD) beträgt der Gini-Koeffizient 0,578. Die urbanen Kriminalitätsraten sind wieder gestiegen, wenn auch nicht in den Vierteln der Oberschicht. Der Bürgerkrieg ist nicht beendet. Vgl. Flórez, José Fernando: «¿Estado o concepto fallido?» In: *Semana*, 21.1.2011. <http://www.semana.com/opinion/estado-concepto-fallido/150487-3.aspx> (abgerufen am 13.2.2012). ² Fajardo Montana, Darío: «Tierras, justicia y paz en Colombia». In: *Ensayos Críticos* 6 (1/2010). *Espacio Crítico*. Universidad Nacional de Colombia, S. 17. ³ PNUD (Programa Naciones Unidas de Desarrollo): *Colombia rural. Razones para la esperanza*. Bogotá 2011, S. 71.

der Agrarindustrie wie Palmöl, Zucker oder Bananen ist nur durch die Aneignung großer Landflächen überhaupt möglich. Das Gesetz unterstützt vielmehr dieses exportorientierte Produktionsmodell, und das stützt sich folgerichtig seit Jahren auch auf die gewaltsame Aneignung von Land.⁴ Bemerkenswerter Weise handelt es sich dabei genau um die Produkte, die Gegenstand des kürzlich in Kraft getretenen Freihandelsvertrags mit den USA oder dem mit der EU sind. Über das Gesetz zur Landrückgabe, so könnte man die aktuelle Politik also auch interpretieren, sucht die Regierung Santos die Reorganisation sowohl des Landbesitzes wie auch der Produktion formal festzuschreiben. Es ist mit anderen Initiativen Teil eines ganzen Pakets von Regelungsverfahren und Gesetzen zur «Raumordnung». Weder bedeutet das eine Agrarreform noch einen Bruch mit der Politik der Vorgängerregierung.

Die neue alte Agrarpolitik beinhaltet umfassende Regelungen: Investitionen transnationalen und nationaler Unternehmensgruppen sollen vereinfacht, die Begrenzungen ausländischer Investitionen in Landbesitz aufgehoben werden. Produziert werden sollen Agrarprodukte für den Weltmarkt, die technologie- und kapitalintensiv sind, aber wenig Arbeitskraft benötigen. Erklärtermaßen will die Regierung Santos die Intensivierung ausländischer Investitionen gerade im ländlichen Sektor, dessen stärkere Anbindung an den Finanzsektor sowie Investitionssicherheit erreichen, was die Formalisierung der aktuellen Landbesitzstruktur erfordert. Auch in Regionen, in denen großflächig Vertreibungen stattgefunden haben, sollen sich Investoren ansiedeln können, ohne später Rückgabeforderungen befürchten zu müssen. So sind in Regionen wie dem Magdalena Medio, Urabá oder Cauca in den vergangenen Jahrzehnten die Besitzverhältnisse durch die Vertreibung von Indigenen, Afrokolumbianer_innen und Bäuer_innen radikal und gewaltsam verändert worden. Für die Einbindung dieser Regionen in eine exportorientierte, «modernisierte» Entwicklungsstrategie unter kapitalistischen Vorzeichen ist es notwendig, die neuen Verhältnisse festzuschreiben. Dafür müssen auch juristische Klagen und Protest verhindert und der großen Mehrheit der Vertriebenen, die keine Kompensation erhalten, zudem der Wind aus den Segeln genommen werden.

ENTWICKLUNGSPROGRAMME FÜR DAS LAND

Mehrere Gesetzesvorhaben und -regelungen haben die Neuordnung ländlicher Räume zum zentralen Thema. Neben dem Gesetz für Landrückgabe gibt es den Nationalen Entwicklungsplan 2010–2014, ein allgemeines Agrargesetz zur Neuordnung und Modernisierung des Sektors, die von Weltbank und Interamerikanischer Entwicklungsbank unterstützten Initiativen zur Regularisierung von mindestens 1,5 Millionen Hektar Land sowie das Programm für Titelvergabe und Formalisierung ländlichen Besitzes.⁵

Der Nationale Entwicklungsplan legt fest, dass die für Bergbau vorgesehene Fläche erheblich vergrößert wird. So ist fast eine Verdopplung der Goldförderung von 44 auf 72 Tonnen pro Jahr ab 2014 vorgesehen. Neben dem Bergbau wird in dem Plan die Agrarindustrie als eine von fünf «Lokomotiven» für wirtschaftliches Wachstum beschrieben. Die Regierung schrieb unter anderem die Flexibilisierung der *Unidad Agrícola Familiar* fest. Diese juristische Figur regelte bisher entsprechend der Produktivität der jeweiligen Böden die maximale Hektarzahl staatlichen Brachlandes, die ein

Haushalt mithilfe staatlicher Subventionen bebauen durfte. Die Begrenzungen sind jetzt aufgehoben, so dass es rechtlich möglich wird, in großem Stil in Ländereien zu investieren, die als staatliches Brachland registriert waren.

Auf diese Weise wurden zum Beispiel auf einen Schlag fast eine Million Hektar Land in der *altillanura* legalisiert, die in den vergangenen Jahrzehnten die Besitzer_innen gewechselt hatten. Diese agrarindustriell bisher bedeutungslose Amazonas-Region liegt nun im Fokus wirtschaftlichen Interesses. «Allein in der *altillanura* wurden 4,3 Millionen Hektar Land identifiziert, auf denen sofort angebaut werden kann. Machen Sie sich klar, dass die Gesamtzahl der Hektar, die für den landwirtschaftlichen Anbau genutzt wird, bei fünf Millionen liegt», sagte Präsident Santos in einer Rede im August 2011.⁶ Die Produktionsfläche für Ölpalmen, Zuckerrohr und Holzproduktion will er dort bis 2014 um 135 000 Hektar erweitern.

Laut dem regionalen Umweltamt haben in der *altillanura* allerdings zwischen 2005 und 2010 rund 250 000 Hektar die Besitzer gewechselt. Allein im Vichada sind 2 953 Parzellen verkauft und 3 500 Anträge auf Titelvergabe an Privatpersonen gestellt worden. Das übergeordnete zuständige Notariat spricht von möglicherweise 120 000 Titelvergaben in den vergangenen Jahren mit Unregelmäßigkeiten.⁷ Die Konzentration von Landbesitz in weniger Händen ging nicht nur gewaltsam, sondern mithilfe regionaler Gerichte und Notariate auch über Betrugsmethoden und gefälschte Landtitel vonstatten.⁸

KRITIK VON LINKS

Basisgemeinden und Vertretungen der Binnenflüchtlinge fordern immer wieder einen klaren rechtlichen Rahmen für Wiedergutmachung und Garantien dafür, dass vergleichbare Verbrechen sich nicht wiederholen. Das Gesetz für Landrückgabe, so wie es nun existiert, lehnen sie ab. Denn auch wenn es so scheint, als würde es ihre Forderungen umsetzen, ist das Gegenteil der Fall. Zwar ist die Möglichkeit, wieder in ländliche Gebiete zurückzukehren und ein kleines Stück Land zu bewirtschaften, eine zentrale Forderung der Organisationen der Vertriebenen. Selbstverständlich verbindet auch ein Teil der am Existenzminimum lebenden intern Vertriebenen mit der Aussicht auf eine der jetzt verteilten Landparzellen große Hoffnungen. Doch die Bedingungen, die die Regierung im Gesetz festgehalten hat, sind für die meisten untragbar.

Zum einen stellen Basisorganisationen und Opposition den Willen der Regierung in Frage, wirklich Land in relevantem Ausmaß zurückzugeben. Santos werde dem eigenen propagierten Anspruch überhaupt nicht gerecht. Die von der Regierung festgelegte Zahl von etwa zwei Millionen Hektar, die im Lauf der nächsten Jahre zurückgegeben werden sollen, entspreche nicht der tatsächlichen Fläche gewaltsam

⁴ Vgl. ausführlich Escobar, Arturo: «Displacement, development and modernity in the Colombian Pacific». In: *International Social Science Journal* Vol. 55 (175/2003), S. 157–167. Zelik, Raul: «Moderate Töne aus Kolumbien. Ein Jahr Regierungswechsel Uribe-Santos». In: *Welttrends – Zeitschrift für internationale Politik* 81 (2011), S. 13–18. ⁵ Suescun Baron, Carlos Alberto: «El acaparamiento de tierras. Un fenómeno global con repercusiones en Colombia». In: *Le Monde Diplomatique* (kolumbianische Ausgabe) Nr. 104/2011, S. 9–10. ⁶ Santos, Juan Manuel: «La nueva línea de pobreza y la Misión de Movilidad Social». Rede, 24.8.2011. http://wsp.presidencia.gov.co/Prensa/2011/Agosto/Paginas/20110824_03.aspx (abgerufen am 11.9.2011). ⁷ Vgl. Salinas Abdala, Yamile 2011. *Dinámicas en el mercado de las tierras en Colombia*. FAO Regional Office for Latin America and the Caribbean, 2011, S. 26. ⁸ García Segura, Hugo/Molano Jimeno, Alfredo: «Hubo Bacrim jurídicas en el Robo de Tierras». In: *El Espectador*, 29.1.2012. <http://www.elespectador.com/impreso/temadeldia/articulo-323660-hubo-bacrim-juridicas-robo-de-tierras> (abgerufen am 8.2.2012).

angeeigneten Landes. Selbst staatliche Stellen geben an, dass sich die illegal angeeigneten Flächen auf etwa 6,56 Millionen Hektar belaufen. Es soll also noch nicht einmal ein Drittel zurückgegeben werden.⁹ Definiert werden im Gesetz die «Opfer» als diejenigen, deren Grundrechte seit dem 1. Januar 1985 im bewaffneten Konflikt verletzt wurden. Wer vor 1985 vertrieben wurde, zählt somit nicht dazu.

Organisationen vertriebener Bäuerinnen und Bauern kritisierten daher, einen Teil der Betroffenen erreiche die Regierung gar nicht. Die mit der Umsetzung beauftragten Institutionen unterstünden zudem allein der Exekutive, müssten sich also keinerlei parlamentarischer Kontrolle unterziehen. Auch die Ziele seien geschönt: Rund 160 000 Rückgabeverfahren wolle die Regierung Santos bis 2014 erledigen. Das sei nicht zu schaffen, sagen die Opferverbände. Außerdem rechne die Regierung Titelvergaben aus langfristig laufenden Programmen in die Rückgaben mit hinein, kritisierte der Abgeordnete des Linksbündnisses PDA, Jorge Enrique Robledo.¹⁰

Die Regierung hat im Haushalt 2012 nur umgerechnet 3,1 Millionen US-Dollar für Rückgaben vorgesehen. Auch dies belegt, dass sie die selbst deklarierten Ziele nicht ernst nimmt. Teilweise musste die Regierung Land von Unternehmen zurückkaufen, um es an Vertriebene vergeben zu können. Durch die starke Nachfrage durch Bergbau und andere Großprojekte sowie die Spekulation auf agrarindustriell nutzbare Flächen sind die Preise für Land in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Die fast monopolartige Kontrolle von Land in sehr wenigen Händen hält die Preise ebenfalls hoch – der Sozialwissenschaftler Mondragón spricht sogar von «spekulativen Latifundien».¹¹

Zum anderen geht die Kritik der organisierten bäuerlichen Gemeinden allerdings weit über den Regierungsdiskurs hinaus: Sie entlarvt die Gesetzesvorhaben in Bezug auf die Unterstützung der Opfer als heuchlerisch und legt offen, um welche Interessen es im Grunde geht. Diese werden deutlich, wenn Teile des Gesetzes mit dem Nationalen Entwicklungsplan zusammen gedacht werden und so die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik deutlich wird. Im Gesetz ist beispielsweise der Schutz von Investitionen in exportorientierte Produkte im Agrarsektor festgeschrieben.¹² Wer als Vertriebene seine Landparzelle durch eine gerichtliche Entscheidung zurück erhält, kann dort nicht uneingeschränkt Nahrungsmittel anbauen, sondern muss sich unter Umständen verpflichten, den Anbau von Ölpalmen in Monokultur fortzusetzen, der während des erzwungenen Exils von neuen Eignern begonnen wurde – Ölpalmen gelten als strategisch wichtiges Exportprodukt. Das Land wird dann nur auf dem Papier an den oder die ursprüngliche Eigner_in zurückgegeben. Über juristische Figuren wie dem «derecho de superficie» und dem «contrato de uso» (in etwa: Flächennutzungsvertrag) verliert er oder sie in diesem Fall effektiv den juristischen Anspruch auf den selbständigen Anbau.¹³

Außerdem sind «Zonen unternehmerischer Entwicklung» vorgesehen, innerhalb derer zurückgekehrte Kleinbäuerinnen und -bauern sich (mit ihren eigenen Parzellen) in «Kooperativen» mit kapitalstarken Unternehmen zusammenschließen sollen. Letztere haben vereinfachten Zugang zu staatlichen Krediten und Förderungsprogrammen. So sollen sich in der Exportwirtschaft, etwa in der Palmölproduktion, kleinbäuerliche Sektoren um Unternehmen mit verarbeitender Infrastruktur gruppieren – so wie eben in der *altillanura*: Dort verkündete das Landwirtschaftsministerium die Übergabe von Land an 500 Bauernfamilien, die sich verpflichten,

Ölpalmen und Kakao anzupflanzen. Gewinnerin dieses Deals ist allerdings Grasco, die Eignerin der größten kolumbianischen Verarbeitungsanlage für Palmöl. Mit deren Tochterfirma Indupalma sollen die Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten.¹⁴

Eine unabhängige Produktion von Lebensmitteln ist innerhalb dieses Modells kaum möglich. Weder den Schwankungen der Weltmarktpreise für diese Produkte noch der Kapitalintensität der entsprechenden Produktion mit chemischen Düngemitteln dürften die Vertriebenen gewachsen sein. Sie sind von Zahlungsangeboten der «Ankerunternehmen» abhängig oder gezwungen, als Angestellte auf Ländereien zu arbeiten, die zuvor in ihrem Besitz waren. Dass sich größere Teile der vertriebenen Landbevölkerung langfristig wieder ansiedeln und ihren Lebensunterhalt dauerhaft sichern können, ist offensichtlich nicht erstes Ziel des Gesetzes.

Auch der Schutz kollektiv bewirtschafteter Territorien der indigenen und afrokolumbianischen Gemeinden wird im Gesetz zur Landrückgabe aufgeweicht.¹⁵ Insofern steht das Gesetz auch Vorstellungen ländlicher Basisorganisationen von kollektiver Bewirtschaftung und Entscheidungsprozessen entgegen. Sie kommen vielmehr in kommunalen *Planes de Vida* vor, in denen die Organisationen die Entwicklungsvorstellung der Regierung ablehnen und stattdessen vom Entwicklungsmodell ausgenommene selbstverwaltete Gebiete fordern. Ziel ist eine partizipative Agrarreform. Die Organisationen wollen Land (*tierra*) nicht nur als Produktionsmittel, sondern auch als *territorio*, als wesentliches Element kollektiver Identität, verstanden wissen und verteidigen. Dies beinhaltet, eine «eigene und an der Basis artikulierte Ökonomie» aufzubauen, die die Rechte der Natur respektiert, heißt es in der Pressemitteilung des Kongresses für *tierra und territorio*. Die Erde gehöre nicht nur denen, die sie bewirtschaften, sondern vor allem denen, die sie hüten.¹⁶

Dazu müssten allerdings grundsätzliche Veränderungen in den ländlichen Herrschaftsstrukturen angestoßen werden. So fordern die Basisorganisationen: Eine Rückgabe von Land kann nicht funktionieren, solange dort die Kräfte weiter mitbestimmend sind, die sich die Landflächen – teilweise unter der Beteiligung des Militärs – gewaltsam angeeignet haben. Allein im Jahr 2011 sind 21 Aktivist_innen, die sich für die Rückgabe von Land an ihre Gemeinden einsetzten, ermordet worden. Ob die verantwortlichen Gruppen nun als «kriminelle Banden» oder Paramilitärs bezeichnet werden, in jedem Fall haben sie sich große Flächen angeeignet und bestimmen die politischen Verhältnisse weiterhin mit. Die Prozesse um die Rückgabe von Land liegen zudem bei regiona-

9 Vgl. u. a. PNUD: Colombia rural, S. 71. 10 Robledo, Jorge Enrique: Meta de Restituir 2 100 Predios en 2012 es una burla a las víctimas. Onlinerevueffentlichung 2012. <http://robledosomostodos.com/> (abgerufen am 15.3.2012). 11 Vgl. Mondragón, Héctor: «La especulación de la tierra contra la soberanía alimentaria». In: Deslinde 49 (11/2011), S. 2–17. 12 MOVICE (Movimiento de Víctimas de Crímenes del Estado): Contexto político. ¿Por qué es importante la lucha por las tierras y los territorios para el Movic? Bogotá 2011 http://www.conlospiesporlatierra.net/?page_id=30 (abgerufen am 22.3.2012). 13 Dies gilt für den Fall, dass dort «agrarisches, agrarindustrielle, forstwirtschaftliche Produktionssysteme und/oder Verarbeitungsanlagen von Rohstoffen etabliert seien». Die Rückgabe wird laut Artikel 98 unmöglich, wenn sie für die betroffene Fläche oder dort etablierte Projekte der Gemeinwohlvorbehalt gilt oder von gesellschaftlichem Interesse sind – mit dieser Begründung des Gemeinwohls haben kolumbianische Regierungen immer wieder Bergbauprojekte durchgesetzt. Vgl. ebd. 14 Salinas Abdala, Yamile: Dinámicas en el mercado de la tierra en Colombia. Food and Agriculture Organisation, Oficina Regional para América Latina y el Caribe. Arbeitspapier, Mai 2011. http://www.indepaz.org.co/attachments/608_COLOMBIA%20TIERRAS%20SALINAS%20MAYO-11.pdf (abgerufen am 15.2.2012). 15 CED-INS (Instituto Nacional Sindical): «Tierras y masas». Blog-Eintrag, 7.2.2012. http://www.cedins.org/index.php?option=com_content&view=article&id=385:tierras-y-masas&catid=56:tierras-y-territorios&Itemid=69 (abgerufen am 15.3.2012). 16 Congreso de los Pueblos: Declaración del Congreso de Tierras, Territorios y Soberanías. Comunicado Público. Cali 2011. <http://vertov14.files.wordpress.com/2010/08/declaracion3b3bfinalcongreso-vf.pdf> (abgerufen am 1.12.2011)

len Richtern, von denen viele mit lokalen politischen Kräften enge Verbindungen haben. Unabhängige juristische Urteile über Landbesitz zu fällen, könnte in Regionen wie dem César oder Magdalena zumindest schwierig werden.

KRIMINALISIERUNG UND «FALSCHES OPFER»¹⁷

Die Bewegungen wenden sich zudem gegen die fortwährende Kriminalisierung durch staatliche Stellen. Immer wieder werden bäuerliche Organisationsprozesse als «terroristische Bedrohung» bezeichnet und die Organisationen im öffentlichen Diskurs in die Nähe von Guerillagruppen gerückt. «Dass jegliche Kritik schon routinemäßig stigmatisiert wird, macht es ihnen [der Regierung, Anm. A.J.] unmöglich zu sehen, was die gesellschaftliche Mobilisierung tatsächlich bedeutet: In Wirklichkeit ist das doch die Antwort auf Umweltzerstörung, auf die Invasion der *territorios* durch extraktive Industrien, auf den Raub von Ressourcen und die Fortdauer einer ungerechten Agrarstruktur»¹⁸.

Auf der juristischen Ebene sind die Rückgabeinitiativen ebenfalls umkämpft. Am Beispiel des Falles Mapiripán wird zudem deutlich, wie die herrschenden Gruppen in Kolumbien die ungleichen Besitzverhältnisse mit allen Mitteln verteidigen. In einem wichtigen Urteil hatte der Interamerikanische Gerichtshof den kolumbianischen Staat im Jahr 2005 wegen Verletzung seiner Schutzpflichten während des Massakers von Mapiripán zur Zahlung von Entschädigungen in Höhe von bis zu 300 000 US-Dollar pro Familie verurteilt. Nun gab eine der Bäuerinnen zu, ihre Söhne seien wieder aufgetaucht oder zu einem anderen Zeitpunkt ermordet worden. Dem Anwaltskollektiv, das die Klagevertretung innehatte, wurde daraufhin von staatlicher Seite vorgeworfen, sie hätten sich bereichert und wie Kriminelle agiert. Menschenrechtsanwält_innen befürchten nun, die Anschuldigungen könnten ihre gesamte Arbeit diskreditieren.

Erwiesen ist: In Mapiripán im Südosten Kolumbiens wurden zwischen dem 15. und 20. Juli 1997 Dutzende Menschen von paramilitärischen Gruppen getötet und in den nahen Fluss geworfen.¹⁹ Die Täter, etwa 200 rechtsgerichtete Paramilitärs, wurden aus dem Nordosten des Landes in Militärflugzeugen zu einem Militärflughafen in der Nähe des Tatortes transportiert und hatten das Massaker Tage zuvor angekündigt. In der Folge flohen etwa 2 700 Menschen aus dem Gebiet. Die Tat gilt als Ausgangspunkt für die Ausweitung der paramilitärischen Strategie in den Südosten des Landes: Angesichts der strategischen Lage Mapiripáns an den dort zentralen Verkehrswasserwegen öffnete diese Gebietsnahme den Paramilitärs den Weg nach Südosten und die Kontrolle über Kokaplantagen der Region.²⁰

Die genaue Zahl der Opfer wurde in den 15 Jahren seit der Tat nie ermittelt. Die Verantwortung für die Ermittlungen liegt allerdings nicht bei der Klagevertretung, sondern bei der kolumbianischen Bundesstaatsanwaltschaft – sie muss laut Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs die tatsächliche Zahl der Opfer nachweisen. Dabei sind die Aussagen uneinheitlich: Während die Staatsanwaltschaft öffentlich verlautbarte, die Zahl der Ermordeten liege nur bei zehn, ist in einem Bericht der Einheit für Menschenrechte der Bundesstaatsanwaltschaft die Rede von 77 Opfern.²¹ Der verworrene Kontext des Krieges in Kolumbien macht eine Aufklärung solcher Fälle häufig von den Aussagen von Opfern und Täter_innen abhängig.

Weiteren Fällen, in denen in den letzten Monaten Zweifel an der Integrität der Opfer geäußert wurde, ist die Rede von

«falschen Opfern» (*falsas víctimas*) gemein.²² Die Message ist: Opfer von Vertreibung und Krieg könnten Betrüger sein, die eine ganze juristische Maschinerie in Gang setzen, um sich zu bereichern. Nicht nur bleiben so die Umstände der Verbrechen teilweise ungeklärt. Für das «Rückgabegesetz» ist das vor allem deshalb relevant, weil im Gesetz – und das hatten Menschenrechtsorganisationen positiv hervorgehoben – die Beweislast erstmals nicht mehr bei den Vertriebenen selbst lag. Diese Beweislast könnte sich nun faktisch wieder umkehren. Vertriebene müssten dann nicht nur beweisen, dass sie tatsächlich Land besaßen, sondern auch, dass sie tatsächlich vor Gewalt geflohen sind und nicht mit der Guerilla zusammengearbeitet haben.

KRITIK VON GANZ RECHTS

Auch Spannungen zwischen Teilen der Staatsapparate und den traditionell starken Rinderzuchtverbänden und Großgrundbesitzern sowie den zur landbesitzenden Klasse aufgestiegenen paramilitärisch organisierten Gruppen sind inzwischen deutlich spürbar: Sie zeigen sich nicht nur an Äußerungen einzelner Personen wie dem ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe. Er hatte kritisiert, wenn Opfer staatlicher Gewalt ins Gesetz mit einbezogen würden, habe das demoralisierende Wirkung auf die Streitkräfte und werde die Umsetzung des Gesetzes unmöglich machen. Gerade die Kräfte, die von der gewaltsamen Aneignung von Land profitiert haben – Viehzuchtverbände etwa –, müssen offensichtlich fürchten, bei der Modernisierung hin zur Exportwirtschaft zurückzustehen. Darauf verweist die Ankündigung Santos', man wolle die 38 Millionen Hektar Weideland der extensiven Rinderzucht effizienter nutzen.²³

Diese Bedenken zeigen sich beispielsweise in der Mobilisierung ultra-rechtsgerichteter Kräfte wie im Bananenanbauggebiet um Necoclí in der Region Urabá im Departement Córdoba. Dort warnte Anfang Februar 2012 die als konservativ geltende Vereinigung der Bananenplantagenbesitzer Augura den Präsidenten Santos ausdrücklich davor, in der Region könnte eine Forcierung der Rückgabeinitiativen zu unnötiger Gewalt führen.²⁴ Auguras Repräsentant Roberto Hoyos war Agrarminister unter Expräsident Álvaro Uribe Vélez. Im Departement César versandte eine «Bewaffnete Gruppe gegen die Rückgabe» Drohbriefe an Aktivist_innen.²⁵

In Regionen wie dieser sind die Aktivitäten der Paramilitärs weiterhin deutlich zu spüren, denn die «Bacrim», kriminellen Banden, speisen sich aus mittleren und niedrigen Rängen der alten paramilitärischen Strukturen. In acht Departments an der Karibikküste befahl Anfang Januar 2012 die Gruppe

¹⁷ Vgl. ausführlich Jense, Alke: «Und dieses Massaker gab es doch ...» In: Lateinamerika Nachrichten 452 (2012). <http://www.lateinamerikanachrichten.de/index.php?artikel/4253.html> (abgerufen am 7.6.2012). ¹⁸ Congreso de los Pueblos: Declaración. ¹⁹ Redakción Verdad Abierta: «La Semana Negra de Julio». In: Verdad Abierta, 20.9.2011. <http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/40-masacres/2132-la-semana-negra-de-julio> (abgerufen am 5.1.2012). ²⁰ Redakción Verdad Abierta: «¿Por qué Mapiripán?» Verdad Abierta, 19.8.2011. <http://www.verdadabierta.com/nunca-mas/40-masacres/2134-apor-que-mapiripan> (abgerufen am 30.11.2011). ²¹ Durán Núñez, Diana Carolina: «Los muertos de Mapiripán». In: El Espectador, 9.11.2011. <http://www.elespectador.com/impreso/nacional/articulo-312146-los-muertos-de-mapiripan> (abgerufen am 15.3.2012). ²² Der Begriff «falsche Opfer» («falsas víctimas») lehnt sich zynischer Weise an die Rede von den «falsos positivos» («falsche getötete Kombattanten») an, also vom Militär fälschlicher Weise als Guerilleros ausgegebene zivile Opfer. ²³ Santos, Juan Manuel: «La nueva línea de pobreza y la Misión de Movilidad Social». Rede, 24.8.2011. http://wsp.presidencia.gov.co/Prensa/2011/Agosto/Paginas/20110824_03.aspx (abgerufen am 1.2.2012). ²⁴ Redakción El Tiempo: «Bananeros se oponen a marcha en Necoclí». In: El Tiempo, 3.2.2012. http://www.eltiempo.com/justicia/bananeros-se-oponen-a-marcha-en-necocli_11064529-4 (abgerufen am 10.2.2012). ²⁵ Redakción Verdad Abierta: «Amenazan a reclamante de tierras de la hacienda Bellacruz». In: Verdad Abierta, 2.2.2012. <http://www.verdadabierta.com/component/content/article/38-desplazados/3813-amenazan-a-reclamante-de-tierras-del-cesar/> (abgerufen am 2.2.2012).

Los Urabeños den Stillstand von Verkehr und Transport. Zuvor hatte die Polizei den als Anführer der im Drogenhandel tätigen Gruppe geltenden Juan de Dios Usuga erschossen. Landwirtschaftsminister Juan Camilo Restrepo nannte allerdings die Rückgabe von Land, das sich paramilitärische Gruppen, organisierte Kriminalität und Grundbesitzer angeeignet hatten, als eine der Ursachen für die Konfrontation.²⁶

Präsident Santos spricht in diesem Zusammenhang von der *Mano Negra*, der «Schwarzen Hand» der Ultrarechten.²⁷ Sollte sich die zentralstaatliche Politik teilweise gegen ihre unmittelbaren Interessen richten, könnten sich Ereignisse wie der paramilitärisch befohlene Stillstand Anfang des Jahres durchaus wiederholen.

In diesem Sinn bewegt sich die Regierungspolitik in einem Spannungsverhältnis: Auf der einen Seite die Kritik von rechtsgerichteten Kräften, die sich Land angeeignet hatten, auf der anderen die der (außer-)parlamentarischen Opposition. Diese wird allerdings ebenfalls lauter. Im April 2012 gründeten städtische und ländliche Bewegungen ein neues politisches Bündnis, den *Consejo Nacional Patriótico*, der in seinem Namen Bezug auf die Linkspartei *Unión Patriótica* nimmt. Diese galt in den 1980er Jahren als linke politische Option, hatte im folgenden Jahrzehnt aber die Ermordung von etwa 3000 ihrer aktiven Mitglieder zu beklagen. Das neue Bündnis vereint Aktive aus der Studierendenbewegung, Vertriebene, bäuerliche, indigene und andere Basisorganisationen, die bisher kein Echo in den traditionellen politischen Räumen finden. Ob sie die Landpolitik wirksam beeinflussen können, nachdem nun der Freihandelsvertrag mit den USA in Kraft getreten ist, bleibt fraglich. Dennoch stehen der (land-)wirtschaftspolitischen Ausrichtung der Regierung Santos offensichtlich erstarkende soziale Bewegungen entgegen.

DER DRUCK AUF KLEINBÄUERLICHE GEMEINDEN WÄCHST

In den vergangenen Jahrzehnten wurden große zuvor kleinbäuerlich bewirtschaftete Landflächen für die kapitalistische Inwertsetzung verfügbar gemacht und die enge Verknüpfung zentralstaatlicher politischer Zirkel mit regional herrschenden Kräften gefestigt, die Aktivität paramilitärischer Gruppen eingehengt und die Präsenz des regulären Militärs massiv in die Regionen ausgeweitet. Nun geht es um die Restrukturierung des ländlichen Raums hin zu größerer Rentabilität und Investitionssicherheit.

Einen neuen Rahmen staatlicher Regelungen hat die Regierung Santos bereits geschaffen. Insofern hat das Bündel an gesetzlichen Regelungen das klare Ziel, die jetzigen Eigentumsverhältnisse auf dem Land zu formalisieren und zu legalisieren. Selbst wenn einem kleinen Teil Vertriebenen die Rückkehr aufs Land ermöglicht und eine symbolische Anerkennung der Vertriebenen als Opfer des Krieges gesellschaftlich verankert würde – vertriebene kleinbäuerliche Familien sind weiterhin marginalisiert und aktuell werden weiter Familien vertrieben. Der Druck auf bäuerliche Gemeinden wächst noch, angesichts der Fokussierung auf extraktive Industrien, große Bergbauprojekte und Infrastrukturvorhaben sowie agroindustriell und monokulturell bewirtschaftete Großflächen, und angesichts des Freihandelsvertrags. Selbst für ein modifiziertes Entwicklungsprojekt, in dem sich die genannten (narco-)paramilitärischen Kräfte nicht (mehr) repräsentiert sehen, ist die Legalisierung der Besitztitel notwendig. Insofern werden die Konflikte zwischen bäuerlichen, indigenen

oder afrokolumbianischen Gemeinden auf der einen und der Regierung, «dem Großgrundbesitz» und transnational organisierten Unternehmen auf der anderen Seite eher verstetigt. Dass so das uralte Problem der enorm ungleichen Landverteilung gelöst würde, das sich wie ein roter Faden durch die kolumbianische Geschichte zieht, glauben wohl nur wenige.

Alke Jenss ist Promotionsstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Soziologin arbeitet zu Staatstheorien und Transformation von Staatlichkeit sowie zu Gewaltverhältnissen in Kolumbien und Mexiko

LITERATUR

Ausführlich zum Thema Land und Landkonflikte und der gegenwärtigen Regierung in Kolumbien:

ESCOBAR, Arturo: «Displacement, development and modernity in the Colombian Pacific». In: *International Social Science Journal* 55 (175/2003), S. 157–167.

FAJARDO MONTANA, Darío: «Tierras, justicia y paz en Colombia». In: *Ensayos Críticos* 6 (1/2010). Espacio Crítico. Universidad Nacional de Colombia.

GUTIÉRREZ, Carlos: «Con giros en la «continuidad»». In: *Le Monde Diplomatique*, kolumbianische Ausgabe (El Dipló) Nr. 104, 15.9.2011, S. 3.

JENSS, Alke: «Kolumbien: Der Kampf um Grund und Boden». In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2012, S. 30–33.

PROGRAMA NACIONES UNIDAS DE DESARROLLO (PNUD): *Colombia rural. Razones para la esperanza*. Bogotá 2011

TENTHOFF, Moritz: *El Urabá: donde el Desarrollo Alternativo se confunde con intereses económicos y la reinserción del paramilitarismo*. Transnational Institute: Amsterdam 2008

ZELIK, Raul: «Moderate Töne aus Kolumbien. Ein Jahr Regierungswechsel Uribe-Santos». In: *Welttrends – Zeitschrift für internationale Politik* 81/2011, S. 13–18

²⁶ Caracol Radio: «Bandas criminales no van a ponerle palos en la rueda a la restitución de tierras: minagricultura». Sendung vom 6.1.2012. <http://www.caracol.com.co/noticias/judicial/bandas-criminales-no-van-a-ponerle-palos-en-la-rueda-a-la-restitucion-de-tierras-minagricultura/20120106/nota/1602847.aspx> (abgerufen am 15.3.2012). ²⁷ Redaktion Semana: «Vuelve la «mano negra»». In: *Semana*, 25.6.2011.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-130 · Fax -122
heine@rosalux.de · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juni 2012

Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

STANDPUNKTE INTERNATIONAL

02/2012

LOUISA PRAUSE

Y'en a marre: Wer sind sie, wie mobilisieren sie und was fordern sie?

01/2012

JENNY MORÍN NENOFF

Der kubanische Privatsektor **12/2011**

MAI CHOUCRI

Die Linke in Ägypten nach dem 25. Januar

11/2011

DIETHELM WEIDEMANN

Krisenprozesse in Pakistan und ihre Auswirkungen auf die Region

10/2011

TORGE LÖDING

Wahlen in Guatemala 2011:

Präsident Colom hat sich verrechnet

09/2011

HEINER KÖHNEN

Umbruch der indischen Automobilindustrie und die Rolle der Gewerkschaften

08/2011

STEFANIE FISCHBACH

Die ägyptische Revolution ist noch nicht zu Ende

07/2011

ANNE STECKNER, CORINNA TROGISCH

Parlamentswahlen 2011 in der Türkei

06/2011

RAINER SCHULTZ

Kuba: Winds of Change nach dem Parteitag?

05/2011

GREGORY WILPERT

Zwölf Jahre Bolivarische Revolution

04/2011

ANNA-MARIA BOULNOIS, KEN HENSHAW

Wahlen in Nigeria – Ein Erfahrungsbericht

03/2011

MAGUÈYE KASSÉ

Macht.Politik.Ressourcen. Ein halbes Jahrhundert

(un)abhängige Entwicklung in Afrika

02/2011

BENJAMIN LUIG

Die Spielregeln des Landraubs: Zur politischen Ökonomie des Landgrabblings in Westafrika

01/2011

MARTIN GLASENAPP

Die Grammatik Der Migration: Ressourcenraub und wachsende Mobilität im westlichen Afrika

STANDPUNKTE 2012

08/2012

DOMINIC HEILIG UND TORSTEN HASELBAUER

Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl

07/2012

ETHAN YOUNG

Die gekaufte Schlammschlacht

06/2012

ISABEL ERDEM UND WOLFGANG NEŠKOVIĆ

Sanktionen bei Hartz IV: unbedingt verfassungswidrig!

05/2012

MARIO KESSLER/KLAUS LEDERER

DIE LINKE, Israel und der Antisemitismus: Thema beendet?

04/2012

RENÉ SCHUSTER

Braunkohlerepublik Brandenburg?

03/2012

ULRICH BUSCH

Finanzindustrie – Begriff, volkswirtschaftliche Bedeutung, Kritik

02/2012

CHRISTOPH NITZ

Schnittstellen: Dialog, Synergien und Macht

01/2012

VORSTAND DES REPUBLIKANISCHEN

ANWÄLTINNEN- UND ANWÄLTEVEREINS

Rechtsstaat auf sächsisch